GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Offener Brief „Mehr Fortschritt wagen: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag“

Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V.

2022

https://doi.org/10.25595/3759

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V.: *Offener Brief „Mehr Fortschritt wagen: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag“*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 31 (2022) Nr: 1, 127–130. DOI: https://doi.org/10.25595/3759.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.14

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

– Von Gefahrenräumen und Angsträumen. Zur Bedeutung subjektiver Sicherheit in der Prävention sexualisierter Gewalt an Hochschulen, Dr. Lisa Mense (Universität Duisburg-Essen)

Die Podcasts sind verfügbar unter https://mariejahodacenter.rub.de/series/metoo-in-science/

Wissenschaftspodcasts immer beliebter

Wissenschaftspodcasts haben in den letzten beiden Jahren einen Boom erlebt und zuweilen sind Diskussionen zu Geschlechterfragen auch im Mainstream zu hören. Wir empfehlen

https://ladyscience.com/podcast (mit einer grossen Themenpalette über Frauen und Wissenschaft(sgeschichte)

https://www.uni-bielefeld.de/(de)/ZiF/FG/2020Gender/Podcasts/ zum Kolleg über "Weltweite Anfechtungen von Frauen- und Geschlechterrechten".

Offener Brief „Mehr Fortschritt wagen: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag"

In ihrem Offenen Brief „Mehr Fortschritt wagen: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag" an die Bundesministerinnen Bettina Stark-Watzinger (BMBF) und Anne Spiegel (BMFSFJ) stellt die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (bukof) Konkretisierungen und Weiterentwicklungen für eine geschlechtergerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik vor. Wir dokumentieren den Brief in Auszügen:

„(…) Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP formuliert wichtige Ziele, damit Geschlechtergerechtigkeit ein starkes Qualitätsmerkmal in Wissenschaft und Forschung wird. Zur Umsetzung dieser Ziele möchten wir Ihnen gerne Konkretisierungs- und Weiterentwicklungsbedarfe für die Gestaltung einer geschlechtergerechten Hochschul- und Wissenschaftspolitik für die nächsten vier Jahre vorstellen.

Geschlechtergerechtigkeit wird Standard

Das Bekenntnis zur Anerkennung von Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt in all ihren Dimensionen als Qualitätsmerkmale und Wettbewerbsfaktoren im Wissenschaftssystem begrüßen wir sehr. Als zentrales Zukunftsfeld von Forschung wird im

Koalitionsvertrag ‘gesellschaftliche Resilienz, Geschlechtergerechtigkeit, Zusammenhalt, Demokratie und Frieden.“ (565-566) benannt. Wichtig ist es, Geschlechtergerechtigkeit nicht als separiertes Themenfeld, sondern als Qualitätsstandard und Querschnittsthema in allen sechs ausgemachten Zukunftsfeldern von Forschung zu verankern.

Moderne Förderpolitik braucht Programmlinien für Geschlechterpolitik und Geschlechterforschung

Ein relevanter Schritt ist es, Geschlechtergerechtigkeit und Anforderungen an geschlechterpolitische Weiterentwicklungen querschnittlich in allen Förderprogrammen und Institutionen zu verankern. Dies gilt für die Personalauswahl sowie bei der Berücksichtigung von Geschlechteraspekten in der Forschung und Lehre. Ein besonderer Fokus sollte diesbezüglich auf Fördervorhaben gelegt werden, die Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz betreffen.
Für eine zukunftsfähige innovative Gesellschaft benötigen wir eine starke Geschlechter- und Diversitätsforschung. Hierfür sind im Koalitionsvertrag noch keine entsprechenden Förderprogramme vorgesehen.
Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die Ampelregierung das **Bund-Länder-Professorinnenprogramm** stärken wird. Darin sollte eine intersektionale hochschulpolitische Gleichstellungsarbeit als ein Schlüssel für eine wirkungsvolle Förderpolitik integriert werden. Die Vielfalt von Frauen im Hochschulbetrieb muss sich konzeptionell niederschlagen, Mehrfachdiskriminierung angemessen adressiert und deren Bekämpfung gefördert werden. Es ist hierbei ein Gebot der Stunde, die Schnittstellen von Geschlechter- zur Diversitätspolitik konstruktiv auszubauen und auch die Handlungserfordernisse im Bereich von Technik und Verwaltung in die förderfähigen Maßnahmen des Professorinnenprogramms aufzunehmen.
Im Koalitionsvertrag heißt es: ‚Mit einem Bund-Länder-Programm wollen wir Best-Practice-Projekte für 1) alternative Karrieren außerhalb der Professur, 2) Diversity-Management, 3) moderne Governance-, Personal- und Organisationsstrukturen fördern.‘ (672-674) Dieses Programm begrüßen wir. Voraussetzung hierfür ist, dass Geschlechter- und Diversitätspolitik in ihrer jeweiligen Bedeutung für gleichen Zugang, gleiche Teilhabe und zielgruppenspezifische Förderung angemessen berücksichtigt und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.

Digitalisierung gerecht gestalten

Ein innovatives und frauenförderndes Ziel ist die Erstellung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt und die Erhöhung des Anteils von Gründerinnen durch ein Gründerinnen-Stipendium. Zur Schnittstelle von Digitalisierung und Hochschule heißt es: ‚Mit einem Bundesprogramm ‚Digitale Hochschule‘ fördern wir in der Breite Konzepte für den Ausbau innovativer Lehre, Qualifizierungsmaßnahmen, digitale Infrastrukturen und

Cybersicherheit.‘ (630-632) Auch im Bereich der Digitalisierung braucht es Geschlechtergerechtigkeit als Qualitätsstandard. Ressourcen und inhaltliche Gestaltungsvielfalt bei der Digitalisierung von Forschung, Lehre, Studium und Verwaltung müssen neu verhandelt, gerecht verteilt und Gleichstellungsstandards in den neuen Prozessen verankert werden. Auch Algorithmen sind nicht frei von Stereotypisierungen.

Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft: Gerechte Arbeitsbedingungen, zeitgemäße Arbeitszeitmodelle

Zu verbesserten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft sind laut Koalitionsvertrag eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie Verstetigung und Ausbau des Tenure-Track-Programms vorgesehen.
Die Karrierephase des wissenschaftlichen Mittelbaus, insbesondere nach dem Abschluss der Promotion, erweist sich als besonders risikoreich für Wissenschaftlerinnen, da sie hier überproportional das System verlassen. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz bildet den rechtlichen Rahmen für das sich verändernde Wissenschaftssystem und seine Herausforderungen. Die Reform sollte also das Ziel verfolgen, planbare Karrieren – gerade für Wissenschaftlerinnen – zu ermöglichen, den impliziten Gender Bias im System herauszufiltern und die häufig an Wissenschaftlerinnen gebundenen Care-Aufgaben gerechter im WissZeitVG abzubilden. Eine Ausweitung von Tenure-Track-Verfahren begrüßen wir aus geschlechterpolitischer Perspektive, wenn deren Ausgestaltung genderkompetent erfolgt – mit Quotierungen, einem Monitoring der Karriereverläufe und einer umfänglichen Ausstattung.
Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit sollten alle Statusgruppen umfassen. Die Leerstelle zum möglichen Gender Pay Gap in der Wissenschaft muss geschlossen werden. Gleichwertige Leistung muss künftig gleich viel wert sein. Wir fordern Entgeltgerechtigkeit für *alle* Statusgruppen im hochschulpolitischen Betrieb. An Hochschulen sollten Entgelte, Besoldung, Zulagen sowie Leistungsprämien in den Fokus genommen und durch ein Gender-Controlling endlich transparent gemacht werden.

Gleichstellung: Schutz vor Gewalt und reproduktive Selbstbestimmung

Mehr Strategien gegen Gewalt an Frauen sowie die Stärkung des reproduktiven Selbstbestimmungsrechts sind wichtige Bausteine für mehr Geschlechtergerechtigkeit – auch und gerade an Hochschulen. Aus unserer Sicht wären ergänzende politische Rahmenbedingungen und Förderungen wünschenswert, um Hochschulen bei einem professionellen Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt zu unterstützen. Das medizinische Curriculum zu ergänzen und Schwangerschaftsabbrüche in die ärztliche Aus- und Weiterbildung aufzunehmen und damit auch Tabuzonen aufzubrechen, ist ein substanzielles Signal für die Selbstbestimmung der Frau. Die Weiterentwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie des Bundes ist ein begrüßenswertes Ziel zur Förderung der Gleichstellung in unserer

Gesellschaft. Gespannt und hoffnungsvoll blicken wir auf die nächsten vier Jahre und eine konstruktive Zusammenarbeit."
Bereits im März 2021 hat die bukof ein neues Positionspapier, die „Standpunkte für eine geschlechtergerechte Hochschulpolitik" veröffentlicht, die eine Aufforderung und Einladung zur Veränderung sind. https://bukof.de/

Mutterschaft, Wissenschaft und Pandemie

Interview mit zwei der Herausgeber_innen der 2022 erscheinenden Publikation «Mutterschaft und Wissenschaft in der Pandemie»

Mitten in der zweiten Corona-Welle im Dezember 2020 erschien der von Sarah Czerney, Lena Eckert und Silke Martin herausgegebene Sammelband „Mutterschaft und Wissenschaft. Die (Un-)Vereinbarkeit von Mutterbild und wissenschaftlicher Tätigkeit" (Berlin: Springer). Mit der bald zwei Jahre andauernden Pandemie hat sich die Situation von Wissenschaftler*innen mit Kindern deutlich verschärft. Sarah Czerney, Lena Eckert und Silke Martin haben daher die Autor_innen des Sammelbands gebeten, ein Update zu schreiben in Hinsicht auf die Pandemie und wie sich ihr Blick auf Mutterschaft und Wissenschaft mit der Pandemie verändert hat. Dieses neue Buch wird im Frühsommer 2022 unter dem Titel „Mutterschaft und Wissenschaft in der Pandemie" bei Barbara Budrich erscheinen.

Femina Politica: Euer erstes Buch hat die Unvereinbarkeit von Wissenschaft und Mutterschaft thematisiert. Worin besteht diese Unvereinbarkeit genau? Und was ist denn jetzt „neu" und anders mit der Pandemie?

Sarah Czerney und Lena Eckert: Es sind nicht die Tätigkeiten der Wissenschaftler*in und einer Mutter* an sich, die unvereinbar sind. Es wäre sehr wohl vereinbar, wissenschaftlich zu arbeiten und Mutter* zu sein, aber die „Idealisierungen und Ideologisierungen", die mit den beiden Positionierungen Wissenschaftler und Mutter* einhergehen, stehen sich vollkommen konträr gegenüber. Das ist die These unserer ersten Publikation. Wir verwenden hier absichtlich die männliche Form von Wissenschaftler, denn in unseren Köpfen ist es trotz aller Bemühungen um Gleichstellung in der Wissenschaft noch immer der Wissenschaftler, der zerstreut mit einem Stapel Bücher unter dem Arm über die Flure eines Instituts streift oder im weißen Kittel im Labor geniale Dinge erfindet und der von allen Care-Arbeiten und den Niederungen des Sich-um-andere-Kümmerns befreit ist. Dieses Ideal und sehr mächtige Stereotype davon, wie Wissenschaftler sind, kollidiert mit der Figur der Mutter*, die ihrer-

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.15